

**DIE ZEITLICHE DYNAMIK DES
BILDUNGSWESENS UND WIDERSPRÜCHE
IN DER BILDUNGSPOLITIK**

Forschungsbericht/
Research Memorandum No. 214

LORENZ LASSNIGG

Mai 1985

Die in diesem Forschungsbericht getroffenen Aussagen liegen im Verantwortungsbereich des Autors und sollen daher nicht als Aussagen des Instituts für Höhere Studien wiedergegeben werden.

ZUSAMMENFASSUNG

Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchung sind die Brüche und Kehrtwendungen, welche man in der Entwicklung der bildungspolitischen Orientierung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Österreich feststellen muß. Dieser Problematik der Bildungspolitik wurde durch eine Gegenüberstellung des Entwicklungsverlaufes auf der Ebene der politischen Auseinandersetzungen mit der Realentwicklung des Bildungswesens auf Basis eines Schemas seiner inneren zeitlichen Dynamik nachgegangen.

Dabei zeigt sich, daß eine bedarfsorientierte Bildungsplanung und -politik mit einer vorgegebenen zeitlichen Dynamik im Bildungswesen selbst rechnen muß, wodurch eine konsistente Planung außerordentlich erschwert wird. Dies deshalb, weil die Wirkungen von bildungspolitischen Eingriffen eine sehr kurzfristige Zeitperspektive erfordern, welche den tagespolitischen Bedürfnissen zuwiderläuft. Zweitens kann abgeleitet werden, daß aus diesen institutionellen Gründen auch Rückkoppelungsprozesse zwischen der effektiven Qualifikationsnachfrage und dem Bildungsverhalten der Jugendlichen nicht funktionieren.

ABSTRACT

The starting point for this investigation is an analysis of the structural breaks and U-turns which can be observed in the general direction of the Austrian educational policy since the end of World War II. These issues have been analysed by contrasting the development in the sphere of the political debates and conflicts about education with the actual changes in the educational system itself.

This comparison shows, that demand-oriented educational policy planning and policy have to account for an in-built dynamics in the educational system which in turn makes consistent planning almost an impossibility. Secondly it can be outlined that due to these institutional constraints any feedbacks between effective demand for qualifications and the choices of young people in their educational careers do not function properly.

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	1
1. Zeitperioden in der Bildungspolitik	3
1.1. 1947 bis 1950: "Hochschulüberfüllung" und restriktive Orientierung	3
1.2. 1951 bis 1958: Zurückstellung des weiterführenden Bildungswesens - eine erste Welle der Expansion bleibt weitgehend unbeachtet	5
1.3. 1959 bis 1966: Zunehmende Verstärkung der expansiven Orientierung	7
1.4. 1967 bis 1974: Realisierung der Expansion und Abbröckeln der expansiven Orientierung	10
1.5. 1974 bis 1982: Kritik an der Expansion und Versuche der Durchsetzung einer restriktiven Orientierung	13
2. Versuch einer Schematisierung	15
Anmerkungen	26
Literatur	28

EINLEITUNG

Im Rahmen eines größeren Forschungsprojektes wurde versucht, die österreichische Hochschulentwicklung der letzten dreißig Jahre unter Einbeziehung der bildungspolitischen Auseinandersetzungen nachzuzeichnen (vgl. Auhser u.a. 1981). Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Gang der Debatten um den Akademikerbedarf gewidmet. Dabei haben sich ganz erstaunliche und augenfällige Unstimmigkeiten und Widersprüche gezeigt. Etwa ist man in den sechziger Jahren einhellig der Ansicht gewesen, daß das Angebot an Hochschulabsolventen aus Bedarfsgründen beträchtlich gesteigert werden müsse. Im Einklang damit wurde in der ersten Hälfte der sechziger Jahre auch begonnen, die allgemeinbildenden höheren Schulen auszubauen. Zehn Jahre später, in der ersten Hälfte der siebziger Jahre, hat sich die gegenteilige Einschätzung durchgesetzt, daß nämlich das Angebot an Hochschulabsolventen den Bedarf zu übersteigen droht. Nun sind aber die Hochschulabsolventen der ersten Hälfte der siebziger Jahre zu Beginn der sechziger Jahre in die allgemeinbildenden höheren Schulen eingetreten. Die Bildungsexpansion wurde also genau zu dem Zeitpunkt verworfen, als sie begann, ihre Resultate zu produzieren, obwohl sie ursprünglich einhellig als notwendig angesehen worden war.

Dieses Phänomen motiviert dazu, die zeitliche Dynamik des Bildungswesens genauer zu betrachten. Um das Angebot an Hochschulabsolventen zu beeinflussen, können Eingriffe auf drei verschiedene Ebenen des Bildungswesens gesetzt werden:

- beim Eintritt in die Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schule
- beim Eintritt in die Sekundarstufe II und
- beim Hochschuleintritt.

Die Zeit, bis Eingriffe auf diesen verschiedenen Ebenen in einem veränderten Angebot an Absolventen zur Auswirkung kom-

men, ist verschieden lang. Dies bedeutet umgekehrt, daß bildungspolitische Eingriffe einer bestimmten Zeitperiode ihre Wirkungen in verschiedenen Zeitperioden zeigen. Nimmt man beispielsweise - vereinfacht gesagt - eine Periode von vier Jahren, in der auf allen drei Ebenen expansive oder restriktive Maßnahmen gesetzt werden, so wirkt sich dies auf das Angebot an Hochschulabsolventen in einer Periode von zwölf Jahren aus.

Schema 1:

Zeitliche Darstellung bildungspolitischer Eingriffe und deren Auswirkung auf die Entwicklung der Hochschulabsolventenzahlen

Bildungspolitische Eingriffe		Auswirkungen auf Hochschulabsolventen	
auf AHS-Eintritt	1983 - 1986		1997 - 2000
auf Sekundarstufe II	1983 - 1986		1993 - 1996
auf HS-Eintritt	1983 - 1986		1989 - 1992
bildungspolitische Periode	1983 - 1986	Wirkungsperiode	1989 - 2000

Dieses Schema gibt die tatsächlichen Zusammenhänge insofern vereinfacht wieder, als einerseits auf der Sekundarstufe II und beim Hochschuleintritt die Orientierung der vorangegangenen Periode eine Rolle spielte und andererseits auf der Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schule und der Sekundarstufe II modifizierende Eingriffe in den nachfolgenden Perioden möglich sind. Will man beispielsweise erreichen, daß der Eintritt in die Hochschulen erweitert wird, so hat dies eine Grenze an der Zahl der Hochschulberechtigten. Umgekehrt müssen den Hochschulberechtigten entsprechende Alternativen zur Verfügung gestellt werden können, wenn der Eintritt in die Hochschulen verringert werden sollte. Analoge Probleme bestehen auch auf den beiden anderen Stufen.

Schema 2:

Erweitertes Schema

	Wirkungen vorangegangener Perioden	laufende Periode	modifizierende Eingriffe	Wirkungen auf HS-Absolv.
AHS-Ein- tritt		1983-86	1987-90 1991-94	1997-2000
Sekundar- stufe II	1979-82	1983-86	1987-90	1993-96
HS-Ein- tritt	1975-78 1979-82	1983-86		1989-92

Aus dem erweiterten Schema wird ersichtlich, daß die Hochschulabsolventen einer Periode von vier Jahren von den bildungspolitischen Maßnahmen von drei vierjährigen Perioden beeinflußt werden. Diese Darstellung veranschaulicht jedenfalls die Langfristigkeit der Wirkung von bildungspolitischen Erweiterungs- oder Restriktionsmaßnahmen.

Bei der bisherigen Betrachtung wurde vorausgesetzt, daß bildungspolitische Maßnahmen sofort greifen. Dies muß aber bezweifelt werden. Es dauert einige Jahre, bis sich eine neue Orientierung durchsetzt und eine Einigung über die möglichen Eingriffe erfolgt. Zum anderen tritt eine weitere Verzögerung ein, indem Eingriffe - sofern diese nicht gewaltsam gesetzt werden wie etwa ein "Numerus clausus" (was in der Regel aber wiederum neue Probleme hervorbringt) - erst nach einiger Zeit voll zum Tragen kommen. Daraus folgt, daß eine vierjährige Periodisierung der Bildungspolitik eher zu kurz angesetzt ist.

1. Zeitperioden in der Bildungspolitik

1.1 1947 bis 1950: "Hochschulüberfüllung" und restriktive Orientierung

Im Gang der bildungspolitischen Auseinandersetzungen läßt sich eine erste Periode erkennen, die von 1946, also unmit-

telbar nach dem Ende des Krieges, bis 1950 reichte. Es herrschte zu dieser Zeit einmütig die Einschätzung einer "Hochschulüberfüllung" und es wurde beispielsweise im Bericht des Unterrichtsausschusses des Nationalrates für die Budgetdebatte 1950 festgestellt: "Durch gelenkte Eindämmung ist der Übertritt von der Untermittelschule in die Obermittelschule um ein Beträchtliches gesunken". Diese Übertritte seien von 91 % 1946/47 auf 54 % 1949/50 gesunken. Von den Maturanten hätten 1950 nur 50 % inskribiert und die Hörerzahlen der Universitäten haben zwischen 1948 und 1950 um 25 % abgenommen. Es heißt in dem Bericht weiter: "Wenn diese günstige Entwicklung fortschreitet, so können wir im Jahre 1954 eine Normalisierung dergestalt verzeichnen, daß das gesunde Verhältnis der Akademikerschaft zur Gesamtbevölkerung wieder hergestellt sein wird" (Sten.Prot.d.NR, 1950, Nr. 38, S. 1.506). Tatsächlich stagnierten zwischen 1950/51 und 1955/56 die Maturantenzahlen der allgemeinbildenden Schulen bei etwa 3.000 pro Jahr, ebenso die Zahl der Studienanfänger.

Als auslösend für die Alarmstimmung muß ein sprunghafter Anstieg der Studentenzahlen unmittelbar nach Kriegsende angesehen werden, der jedoch hauptsächlich dadurch bedingt war, daß viele Maturanten aus Kriegsgründen vorher kein Studium beginnen konnten. Die restriktive Orientierung resultierte daraus, daß in dieser Periode eine eventuelle Notwendigkeit der Veränderung der Qualifikationsstruktur nicht in Betracht gezogen wurde. "Im allgemeinen wird in Zukunft nur mit dem normalen Nachwuchsbedarf an Akademikern als Ersatz für die aus dem Berufsleben ausscheidenden Kräfte zu rechnen sein", heißt es in einer 1948 veröffentlichten Bedarfsanalyse des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO-Monatsberichte 1948, S. 340).

Gleichzeitig ist ein sprunghafter Anstieg der Geburtenzahlen für die weiterführenden Schulen wirksam geworden, der zwischen 1947 und 1951 die Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schule (damals Mittelschule), zwischen 1951 und 1954

die Oberstufe erreichte und zwischen 1955 und 1958 in Form von sprunghaft steigenden Maturantenzahlen zu einem Anstieg der Studienanfänger führte. Damit ist die Zahl der Maturanten, die in den Jahren bis 1955 bei etwa 3.000 stagniert hatte, auf ein neues Niveau von etwa 6.000 bis 7.000 pro Jahr gestiegen und auf diesem Niveau fast 10 Jahre lang (bis 1966/67) verblieben.

1.2 1951 bis 1958: Zurückstellung des weiterführenden Bildungswesens - eine erste Welle der Expansion bleibt weitgehend unbeachtet

Interessanterweise hat aber dieser Anstieg der Maturanten und Studienanfänger, immerhin eine Verdoppelung, keine besondere Aufmerksamkeit auf der bildungspolitischen Ebene erregt. In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre - es war dies die eigentliche Periode des Wiederaufbaus und der rigorosen "Stabilisierungspolitik" in fiskalpolitischer Hinsicht - wurden die Belange des Bildungswesens gegenüber der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung generell zurückgestellt. So erklärte z.B. ein Abgeordneter der Österreichischen Volkspartei anlässlich der Budgetdebatte 1950, daß "in Notzeiten die Wirtschaft gewissermaßen auch eine primäre Stellung (hat). Das harte Wort von Cicero: 'Im Kriege schweigen die Musen' gilt auch im Kalten Krieg. Und man muß auch in diesen Zeiten trachten, daß die Wirtschaft ins Rollen kommt" (Sten.Prot. d.NR, 1950, Nr. 38, S. 1.531). 1961 nahm der damalige Unterrichtsminister Drimmel ausführlich Stellung zur Frage der Dotierung des Unterrichtsbudgets und zur Behandlung des Verhältnisses von Wirtschaft und Kultur. Er beklagte, daß in den letzten sieben Jahren seiner Ministerschaft zuwenig Mittel für sein Ressort zur Verfügung gestellt worden waren. "So kommt es, daß von Jahr zu Jahr das Kulturbudget unzureichend ist. Der Kultur geht's im Staat wie einer schönen Frau, die viele Verehrer hat, die aber keiner heiratet, weil sie zu kapriziös und zu anspruchsvoll

ist. die Kulturbudgets sind unzureichend und man weiß es, aber man zeigt sich diesem Übel gegenüber machtlos" (Sten.Prot.d. NR, 1961 Nr. 80, S. 3.406). Das weiterführende Bildungswesen blieb also in den fünfziger Jahren weitgehend unbeachtet, während es gleichzeitig quantitativ angewachsen ist. Die eigentlichen Auseinandersetzungen gingen um die Organisationsform des ländlichen Pflichtschulwesens. Die Frage lautete: Aufrechterhaltung der Volksschuloberstufe oder generelle Durchsetzung der zweizügigen Hauptschule?

Bereits gegen Ende der fünfziger Jahre kündigte sich jedoch eine völlig neue Betrachtungsweise der Zusammenhänge zwischen Bildung und wirtschaftlicher Entwicklung an. War das Jahr 1950 der Höhepunkt der restriktiven Orientierung und hatte sich diese in den folgenden Jahren abgeschwächt, so kann man das Jahr 1957 als Wendepunkt zur darauf folgenden Periode der expansiven Orientierung ansehen. In diesem Jahr wurde eine neuerliche Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes über den technischen und naturwissenschaftlichen Nachwuchs in Österreich veröffentlicht, die zum Ergebnis kam, daß die Bildungspolitik auf eine Veränderung der bestehenden Qualifikationsstruktur bewußt hinarbeiten müsse. "Wenn man den Erfordernissen der Zeit auf dem Gebiete der Forschung gerecht werden will, muß erkannt werden, daß wir viel mehr Fachkräfte brauchen werden, als aufgrund der heutigen Gegebenheiten zu erwarten sind Was geschehen müßte, um den Strom der graduierten wissenschaftlichen Fachkräfte zu verbreitern, läßt sich formal leicht angeben: 1. Es sind mehr Maturanten nötig, 2. mehr von den Maturanten müßten weiterstudieren, und zwar rascher als jetzt, 3. mehr Studenten müßten Naturwissenschaft oder Technik wählen Weder die Wirtschaft noch die Staatsverwaltung sind sich jedoch der Wichtigkeit der Investitionen in 'geistiges Kapital' genügend bewußt ... Nur wenn sich diese Einstellung radikal ändert, wird Österreich den Anschluß an den technischen Fortschritt und die internationale Forschungsarbeit nicht verlieren " (WIFO-Monatsberichte 1957, Beilage 45).

1.3 1959 bis 1966: Zunehmende Verstärkung der expansiven Orientierung

Innerhalb kürzester Zeit setzten sich diese Ansichten dann in der Öffentlichkeit durch. Bereits im Jahre 1959 wird im Jahresbericht der Industriellenvereinigung an prominenter Stelle von "einer Vernachlässigung des Bildungs- und Erziehungswesens in Österreich" gesprochen, "die von industrieller Seite nur mit größter Sorge verfolgt werden kann" (Jahresbericht der VÖI 1959, S. 5). Weiter heißt es, die österreichische Wirtschaft befinde sich in einer Phase, in der sie in die Konkurrenz auf den Weltmärkten treten müsse, was als eine Bewährungsprobe, die mit der Lage von 1918 oder 1945 vergleichbar sei, angesehen wird. Diese stelle "weit mehr Ansprüche an das 'Gehirnkapital' als an das Kapital im herkömmlichen, ökonomisch-technischen Sinn" (ebda.). Entsprechend hieß es 1961 in der Regierungserklärung der großen Koalition, die von Bundeskanzler Gorbach vorgetragen wurde: "Es sind große Aufgaben, die die Bundesregierung auf finanz-, wirtschafts-, agrar- und sozialpolitischem Gebiet in die Wege zu leiten hat. Alle unsere Bemühungen wären aber vergeblich, würde es uns nicht gelingen, jenes geistige Kapital zu mobilisieren, von dem auf lange Sicht hin der sicherste Zinsertrag für die Allgemeinheit zu erwarten ist. Der wirtschaftliche und soziale Aufstieg Österreichs wird im Zeitalter der Forschung und Entwicklung nicht zuletzt davon abhängen, daß möglichst vielen jungen Österreichern und -innen der Zugang zu einer höheren Bildung erschlossen wird" (Sten-Prot.d.NR 1961, Nr. 64, S. 2.686).

In diesem Klima einigten sich die politischen Parteien 1962 auf eine neue gesetzliche Grundlage des Schulwesens. Damit wurde in Form des musisch-pädagogischen Realgymnasiums ein neuer Weg zur Matura und damit zur Hochschulberechtigung eingerichtet. Parallel dazu wurde der Ausbau des weiterführenden Schulwesens, vor allem in ländlichen Gebieten, in die Wege geleitet. Man ist vom Zeitalter der "Bildungskatastro-

phe" der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre zum Zeitalter der "Bildungsexpansion" übergegangen. Unterstützt wurde die neue Orientierung durch eine Fülle von wissenschaftlichen Untersuchungen und Überlegungen zur Bildungsplanung. 1966 wurde der bekannte OECD-Bericht "Erziehungsplanung und Wirtschaftswachstum 1965 bis 1975" fertiggestellt, indem sich die Autoren die Aufgabe stellten, "die Entwicklung des österreichischen Schulsystems seit dem Beginn unseres Jahrhunderts unter dem Gesichtspunkt der Verbreiterung des Zugangs zur höheren Bildung zu untersuchen" (OECD-Bericht, S. 50). Wesentlicher Bestandteil dieser Studie war eine Prognose des Bedarfs der Wirtschaft an Akademikern.

Der Verfasser dieser Bedarfsschätzung bemerkt zu den Ergebnissen der Projektion: "Wenn man die Veränderungen im Anteil der einzelnen Berufe zwischen den Jahren 1951 und 1961 beobachtet und sie vergleicht mit Veränderungen in anderen Ländern, so findet man, daß in den meisten Fällen eine Extrapolation dieser Veränderungen zu rechtfertigen wäre. Im Fall der technischen und Intelligenzberufe jedoch, d.h. also jener Berufsgruppe, die den allergrößten Teil der Akademiker enthält, ist der Anteil an den gesamten Erwerbstätigen in der Zeit zwischen den beiden Volkszählungen nur von 5,8 % auf 6,7 % gestiegen Wenn man diese Entwicklung projiziert auf das Jahr 1980, rein mechanisch, so kommt man zu dem äußerst deprimierenden Ergebnis, daß der Anteil dieser technischen und Intelligenzberufe an den nichtlandwirtschaftlichen Erwerbstätigen im Jahre 1980 nicht höher sein wird als im Jahre 1961. Nun, ich möchte sagen, daß die Rechenübung einer solchen mechanischen Projektion für sich selbst ein außerordentlich interessantes Resultat darstellt. Sie zeigt nämlich ..., daß sich die Entwicklung der Jahre 1951 - 1961 nicht fortsetzen wird. Denn diese Entwicklung ... kann in keinem anderen entwickelten Industrieland der Welt beobachtet werden. Ich habe mich daher bei der Vorauschätzung ... auf ausländische Erfahrungen gestützt. Im Falle der Ingenieure habe ich angenommen, daß die sogenannte

Ingenieurdichte sich in ähnlicher Weise entwickeln wird, wie in den USA im Zeitraum 1950 bis 1960 ... Wenn man unter bestimmten Annahmen den Bedarf an Lehrern und Hochschullehrern schätzt und sich ein Bild von der wahrscheinlichen Zunahme des Bedarfs an Sozialwissenschaftlern macht, so kann man zeigen, daß meine Ziffer des Erweiterungsbedarfs von rund 50.000 Akademikern für die 19 Jahre bis 1980 durchaus plausibel ist" (Steindl 1967, S. 103 f; Hervorhebung von L. L.).

Obwohl dieses Ergebnis sicherlich - zumindest rückblickend - als sehr gewagt angesehen werden muß, wurde es sowohl von Politikern als auch von Vertretern der Wirtschaftsverbände positiv aufgenommen und hat auch große Publizität erlangt. Eine Studie, die etwa zur gleichen Zeit erschienen war, in der äußerst kritisch mit dem österreichischen Hochschulwesen ins Gericht gegangen wurde, und deren Autor vor der expansiven Bedarfseinschätzung warnte, hat jedoch keinerlei Publizität erlangt. Darin heißt es - ob in Anspielung an Steindl oder nicht - unter dem Titel "Wir sollen so viele Akademiker ausbilden wie das Ausland" lapidar: "In den Vereinigten Staaten sind die Autos viel größer, haben mehr Chrombesläge und fressen mehr Benzin als in Europa. Das ist noch kein Grund es ihnen nachzumachen. In den Vereinigten Staaten werden viel mehr Akademiker ausgebildet als bei uns. Das allein ist kein Grund es ihnen nachzumachen" (Kozlik 1965, S. 147).

1.4 1967 bis 1974: Realisierung der Expansion und Abbröckeln der expansiven Orientierung

Nun findet aber die expansive Orientierung, die in den bildungspolitischen Auseinandersetzungen festzustellen ist, in der realen Entwicklung des Bildungswesens erst mit einer beträchtlichen Verzögerung ihren Niederschlag. Die Eintritte in die allgemeinbildenden höheren Schulen begannen zwar 1962 neuerlich zu steigen, sie überstiegen aber erst 1965 das Niveau, das bereits 1958 erreicht war, gleichzeitig stiegen die Eintritte in die Oberstufe der allgemeinbildenden höheren Schulen durch die Einrichtung der musisch-pädagogischen Realgymnasien sehr rasch an. Entsprechend begann die Zahl der Hochschulberechtigten erst 1967 (zunächst allein bedingt durch die Oberstufenform) und 1971 verstärkt durch die Maturanten der Langform der allgemeinbildenden höheren Schulen anzusteigen. Im Jahr 1974/75 hatte sich die Zahl der Maturanten der allgemeinbildenden höheren Schulen vom ursprünglich lang gehaltenen Niveau von 7.000 auf etwa 14.000 neuerlich verdoppelt. Die Zahl der Studienanfänger, die 1960 bis 1969 ebenfalls auf einem Niveau von 7.000 stagniert hatte, begann 1970 erstmals deutlich zu steigen.

Während der Ausbau des weiterführenden Bildungswesens erst in der Periode zwischen 1965 und 1970 zügig in Gang kam, war gleichzeitig der Höhepunkt der expansiven Orientierung mit dem Jahr 1966 bereits überschritten. Die Zahl der allgemeinbildenden höheren Schulen, die im langjährigen Durchschnitt zwischen 1951 und 1965 ohne größere Schwankungen um drei neue Schulen pro Jahr zugenommen hatte, zeigte zwischen 1965 und 1970 einen sprunghaften Anstieg: In dieser Periode scheinen in der Statistik pro Jahr 15 zusätzliche Schulen auf, und diese Zahl geht zwischen 1970 und 1974 wieder auf 4 pro Jahr zurück. Langsam begann sich die Orientierung zu wandeln. 1967 gab ein Abgeordneter der Österreichischen Volkspartei im Nationalrat bereits zu bedenken, daß die "Ausbaupläne der Hochschulen und die Neugründungen auch der

höheren Schulen" von der "Diskrepanz zwischen dem erwarteten Zustrom zu den Hochschulen und dem Bedarf" her zwar "ihre volle Rechtfertigung" hätten, daß aber die Gefahr der Schaffung von Überkapazitäten und eines Überangebotes an Hochschulabsolventen in der zukünftigen Entwicklung berücksichtigt werden sollte (vgl. Sten.Prot. d. NR, 1967, Nr. 73, S. 5.904f). In den folgenden Jahren wurden immer deutlichere Zweifel an der Richtigkeit einer Weiterführung der expansiven Orientierung geäußert und es wurden Maßnahmen einer vorsichtigen Gegensteuerung von Vertretern aller politischen Parteien und der Wirtschaftsverbände diskutiert.

Auch von Seiten der Sozialistischen Partei Österreichs wurde ab dem Beginn der siebziger Jahre nicht mehr so eindeutig eine expansive Haltung vertreten wie in den sechziger Jahren. Es hat vielmehr den Anschein, daß langfristig wirksame Maßnahmen den Zustrom zu den Hochschulen stabilisieren und zum Teil umlenken sollten. Dabei kommt dem (höheren) berufsbildenden Schulwesen zentrale Bedeutung zu. Während in den meisten westlichen Industrieländern im Zuge der Bildungsexpansion nach dem Zweiten Weltkrieg eine starke Gewichtsverschiebung vom (meist geringer entwickelten) berufsbildenden Bildungswesen hin zu den allgemeinbildenden und auf den Hochschulzugang vorbereitenden Bildungsgängen stattgefunden hat und gehobene Berufsbildungsgänge in den Hochschulbereich übergeführt wurden, ist das in der österreichischen Entwicklung nicht der Fall (vgl. Lutz 1979). Durch das Zielquotenprogramm der Bundesregierung für den Ausbau des weiterführenden Schulwesens wurde wieder verstärkt die Orientierung eingeschlagen, die Schülerströme zu einem beträchtlichen Teil in die berufsbildenden Schulen zu lenken.

"Dieses Zielquotenprogramm sieht für Städte und Ballungszentren vor, daß 46,4 % der 14- bis 19jährigen Bevölkerung allgemeinbildende und berufsbildende Schulen besuchen können, in dichtbesiedelten Gebieten 33,7 % und in dünnbesiedelten Gebieten 27,5 %", führte der Sprecher der SPÖ in der Budgetdebatte 1971 aus (Sten.Prot. d.NR 1971, Nr. 13, S. 886). Das

bedeutet, daß ca. 30 % der in Frage kommenden Altersjahrgänge weiterführende Schulen besuchen sollten.

Die Verteilung der Schülerzahlen innerhalb des weiterführenden Schulwesens wurde im Verhältnis 1 : 1 : 1 festgesetzt (d.h. jeweils ein Drittel an allgemeinbildenden höheren Schulen, berufsbildenden höheren Schulen und berufsbildenden mittleren Schulen). Es herrschte zwischen den politischen Parteien weitgehende Einigkeit darüber, daß der Zustrom zu den allgemeinbildenden höheren Schulen gebremst und in Richtung berufsbildende Schulen umgeleitet werden sollte. Dazu wird im folgenden aus den Ausführungen der Vertreter der politischen Parteien im Nationalrat in der Budgetdebatte 1971 zitiert. FPÖ: "Von einem Generalstopp (der allgemeinbildenden höheren Schulen; L.L.) zu sprechen ... ist falsch. Es war vielmehr gemeint, daß der Schwerpunkt von den allgemeinbildenden höheren Schulen mehr zu den berufsbildenden höheren Schulen umgelegt werden müßte. Das resultiert aus einer Überlegung und einer Untersuchung, die die Industrie vorgelegt hat". Darauf antwortet der Abg. Gruber, Schulsprecher der ÖVP, in einem Zwischenruf: "Kollege Hanreich! Da sind wir uns einig!" (Sten Prot.d.NR 1971, Nr. 13, S. 888). SPÖ: "Solange aber - und wir sind darüber alle einer Meinung, mehr berufsbildende Schulen zu schaffen - ein so großer Prozentsatz von Kindern in die Unterstufe der allgemeinbildenden Schulen geht, werden sie nicht bereit sein, nach dem 4. Schuljahr in die berufsbildenden Schulen überzutreten ... Es wird außerordentlich schwierig sein - selbst dort, wo wir die berufsbildenden Schulen haben - die geeigneten guten Schüler dafür zu finden, solange sie von den Lehrern an den allgemeinbildenden Schulen veranlaßt werden, doch weiterhin in der allgemeinbildenden höheren Schule zu verbleiben, weil sie ausgezeichnete Leistungen aufweisen" (Sten.Prot.d.NR, 1971, Nr. 13, S. 885) (1).

Das Zielquotenprogramm der Bundesregierung fand die Zustimmung der Industriellenvereinigung.

"Begrüßt wurden Mitteilungen des Unterrichtsministeriums über Zielwerte des Schulbauprogramms der nächsten 10 Jahre, wonach für etwa ein Drittel eines Altersjahrganges nach der Pflichtschule weiterführende Schulen bereitstehen sollen. Zwei Drittel dieser Schüler (also ca. 22 % eines Altersjahrganges) sollen in berufsbildenden mittleren und höheren Schulen, ein Drittel (11 %) sollen in Oberstufen von allgemeinbildenden höheren Schulen weiterlernen. Bei etwa zwei Drittel der Jugendlichen wird demnach damit gerechnet, daß sie nach der Pflichtschule in eine Lehre oder in einen Beruf eintreten" (Jahresbericht der VÖI 1971, S. 37 f) (2).

1.5 1974 bis 1982: Kritik an der Expansion und Versuche der Durchsetzung einer restriktiven Orientierung

Ab etwa 1974 setzt sich auf Seiten der Österreichischen Volkspartei und der Wirtschaftsverbände zunehmend eine restriktive Orientierung durch und die kritische Stellungnahme zur Bildungspolitik wurde zunehmend aggressiver. "Was uns noch bevorsteht, aber heute schon in Konturen erkennbar ist, ist die Dämmerung in der Bildungspolitik. Die Stichworte Jugendarbeitslosigkeit und Herausbildung eines neuen akademischen Proletariats aufgrund einer verfehlten Bildungspolitik und -planung mögen hier genügen. Andere Schwachstellen im Bildungsbereich deuten sich an" (Bildungspolitik: Der Tag der Wahrheit kommt noch, in: Die Industrie 1977, Nr. 11, S. 3). Präsident Sallinger und Generalsekretär Mussil stellten im Vorwort zum Bildungsprogramm der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft fest, daß "in weiten Kreisen der Bevölkerung eine Ernüchterung über die Ergebnisse einer vielfach von der Praxis losgelösten Bildungspolitik bemerkbar ist" und daß "die Kritik an den Ergebnissen der vor Jahren viel gelobten 'Bildungsexplosion' immer unüberhörbarer wird" wobei "von vielen ein prinzipielles Umdenken gefordert wird" (Bildungsprogramm 1976, S. 3) "Auch den Zusam-

menhang zwischen Wirtschaftswachstum und Bildung beurteilt man heute nüchterner. Die Formel: Mehr Bildung oder gar höhere Bildung bedeutet größeres Wirtschaftswachstum, ist in dieser undifferenzierten Aussage nicht mehr haltbar" (Fuchshuber in: Die Industrie 1976, Nr. 8, S. 6). Als ob sie jemals haltbar gewesen wäre. Hochschulbildung wurde nun von einem "Produktionsfaktor", von "geistigem Kapital" in ein "Konsumgut" umgedeutet, dessen Konsum vor allem dem Einzelnen zugute komme (vgl. Piskaty 1975, S. 48). Der Leiter der wissenschaftlichen Abteilung der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft stellt fest, daß "auch hierzulande neue Instrumente der Abstimmung (des Bildungsangebotes; L.L.) mit dem Beschäftigungssystem gesucht (werden). Im Vordergrund steht dabei der Gedanke der finanziellen Beteiligung des Einzelnen an den Kosten seines Hochschulstudiums" (Winkler 1977, S. 118).

Wir haben bereits gesehen, daß der durch die Bildungsexpansion der sechziger Jahre bedingte Anstieg der Studienanfänger 1970 beginnt. Der Zuwachs an Maturanten der vorhergehenden Jahre ist zu einem beträchtlichen Teil durch die neu eingerichteten Pädagogischen Akademien aufgenommen worden (3). Das bedeutet, daß die Kritik an der Bildungsexpansion ziemlich genau zu dem Zeitpunkt heftig zu werden begann, zu dem diese durch das gesamte Bildungswesen durchgeschlagen hat.

Fragt man sich nun, warum dieser Umschwung der Orientierung gerade in der Mitte der siebziger Jahre vor sich gegangen ist, so liegt die Antwort sicher zu einem großen Teil im gesamten Wandel des ideologisch-politischen Klimas im Zusammenhang mit der beginnenden und sich verschärfenden Wirtschaftskrise. Darüber hinaus stößt man aber auf ein paradoxes Phänomen: Verschiedene Untersuchungen, die gerade zu diesem Zeitpunkt veröffentlicht wurden, haben ergeben, daß in den sechziger Jahren in der Wirtschaft nur in sehr geringem Ausmaß zusätzliche Akademiker eingestellt worden waren; 1975 ging z.B. der Wissenschaftssprecher der Österreichischen Volkspartei ausführlich auf eine Studie über die Ent-

wicklung der Akademikerbeschäftigung der letzten 10 Jahre ein, wonach die Zahl der erwerbstätigen Akademiker in diesem Zeitraum nur um 1 % pro Jahr zugenommen hat. "Dabei ist überraschend", führte er weiter aus, "daß diese Bestandsausweitung merklich hinter dem zurückblieb, was man an sich in einer so stark wachsenden Wirtschaft etwa angenommen hatte" (Sten.Prot.d.NR 1975, Nr. 14, S. 1.143, vgl. auch Seidel 1975). Tatsächlich ist das jedoch überhaupt nicht überraschend, da keine zusätzlichen Akademiker angestellt werden können, wenn keine zusätzlichen Akademiker produziert werden. Hier äußert sich in krasser Form die Unterschätzung der zeitlichen Dynamik der Entwicklung des Bildungswesens und es zeigt sich ein grundsätzliches Problem, mit dem eine Vorausschätzung des Akademikerbedarfs konfrontiert ist: Man muß nämlich die Existenz von Anpassungsmechanismen annehmen. Geht man davon aus, daß der von Steindl prognostizierte Erweiterungsbedarf tatsächlich bestanden hat, d.h. daß eine Erweiterung der Akademikerbeschäftigung günstig für die Wirtschaftsentwicklung gewesen wäre, so dauert es offenbar so lange, bis das Angebot an Akademikern tatsächlich vergrößert werden kann, daß sich die Betriebe eben auf das geringe vorhandene Angebot einstellen müssen. Dadurch kann aber gerade der Fall eintreten, daß durch eben diese Anpassung an das Unterangebot die zusätzlichen Akademiker zu dem Zeitpunkt, zu dem sie tatsächlich verfügbar sind, bereits wieder überflüssig gemacht worden sind (4).

2. Versuch einer Schematisierung

Es wurde bisher aufgrund ausführlicher Analysen der Entwicklung der bildungspolitischen Debatten eine Periodisierung vorgenommen und diese auch mit einigem Material aus der Entwicklung des Bildungswesens illustriert. Nun soll versucht werden, den Gang der Entwicklung unter dem Gesichtspunkt der zeitlichen Dynamik in Form mehrerer Schemata zusammenzufassen und Schlußfolgerungen hinsichtlich der Planungsmöglichkeiten zu ziehen.

Vom folgenden Schema (vgl. Schema 3) kann man Erscheinungen ablesen, die keineswegs selbstverständliche Einsichten in der bildungspolitischen Debatte darstellen. Es wird der Zeitablauf dargestellt, in dem die einzelnen Geburtsjahrgänge jene Stationen des Bildungswesens durchlaufen, die für die Steuerung des Absolventenangebotes wesentlich sind: den Eintritt in die Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schulen, den Eintritt in die Oberstufe der weiterführenden Schulen und den Hochschuleintritt, sowie das Jahr, in dem etwa der Abschluß eines Hochschulstudiums erwartet werden kann. Zunächst kann an diesem Schema übersichtlich zurückverfolgt werden, in welchen Jahren jene bildungspolitischen Maßnahmen auf den genannten drei Stationen stattgefunden haben müssen, durch welche das Angebot an Hochschulabsolventen einer gegebenen Periode beeinflußt wurde.

Daran kann man gleich die grundsätzliche Problematik der Bedarfsplanung zeigen, wenn man als Beispiel die bereits ausführlich zitierte OECD-Prognose heranzieht. Die Prognose beruht auf der Analyse der Akademikerbeschäftigung in dem Jahrzehnt zwischen 1951 und 1961. Soweit die Akademikerbeschäftigung in diesem Jahrzehnt überhaupt durch das Angebot an Neuabsolventen beeinflußt wurde - was ja nur zu einem geringen Teil der Fall ist - geht dies zurück auf bildungspolitische Maßnahmen zwischen 1937 und 1955. Der Prognosehorizont reichte bis 1980 und die Veröffentlichung der Ergebnisse erfolgte 1965/66. Nun sind aber die Hochschulabsolventen von 1980 bereits 1966 in die Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schulen eingetreten. Das bedeutet, daß bildungspolitische Maßnahmen auf dieser Steuerungsebene von vornherein erst außerhalb des Prognosehorizonts in den Jahren nach 1981 zum Tragen kommen konnten. Innerhalb des Prognosezeitraums hatte die staatliche Bildungspolitik lediglich die Möglichkeit von Eingriffen auf den beiden anderen Ebenen. Veränderungen der Hochschuleintritte sind jedoch an die Zahl der Maturanten gebunden und die wesentliche bildungspolitische Maßnahme beim Eintritt in die Sekundarstufe II, die

Schemata 3: Zeitbezogene Schematisierung der bildungspolitischen Entwicklung

Jahr der Geburt t	Eintr. 1. AHS t + 10	Eintr. 5. AHS t + 14	Hochschuleintr. t + 18	Hochschulabschl. t + 24
78.	88.	92.	96.	11.
77.	87.	91.	95.	10.
76. 94.000 (- 4.300)	86.	90.	94.	09.
75.	85.	89.	93.	08.
74.	84.	88.	92.	07.
73.	83.	87.	91.	06.
72. 111.000 (- 4.300)	82.	86.	90.	05.
71.	81.	85.	89.	04.
70.	80.	84.	88.	03.
69.	79. 26.000 (23,4%)	83.	87.	02.
68. 128.000 (- 1.300)	78.	82.	86.	01.
67.	V. KRITIK AN DER EXPANSI- ON	81.	85.	00.
66.	76.	80.	84.	90.
65.	75. 27.000 (21,1%)	79. 22.000 (17,2%)	83.	89.
64. 133.000 (+ 2.800)	74.	78.	82.	88.
63.	73.	77.	81.	87.
62.	72.	76.	80.	86.
61.	71. 26.000 (19,5%)	75. 22.000 (16,5%)	79. 16.000 (12,0%)	85.
60. 122.000 (+ 3.800)	70. abs.max.Steig. (+1500/Jahr)	74.	78. maximale Steigerung	84
59.	PERIODE DER MAXIMALEN EXPANSION	73. max. Steigerg. (+1.000/Jahr)	77. (+750/Jahr)	83.
58.	IV. ABNAHME EX- PANSIVER ORIEN- TIERUNG	72.	76.	82. Anstieg Arbeit- los.Akad. 61. 7.000 (5,7%)
57.	67. 21.000 (17,2%)	71. 19.000 (15,6%)	75. 14.000 (11,5%)	80. ENDE PROJEX- TIONSPERIODE STEINDL
56. 107.000 (+ 250)	66.	70.	74. maximale Steigerung	79. Beginn Steiger. 77. 8.000 (6,6%)
55.	65.	69.	73. (+750/Jahr)	78.
54.	64.	68.	72.	76. ERGEBN. OB. 75. AKADEMIKERENTEN IN 60ER JAHRE 74. Stagn.HS-Abs. 73. 5000 (4,7%)
53.	63. 15.000 (14 %)	67. 15.000 (14 %)	71. 11.000 (10,3%)	72.
52. 106.000 (- 2.500)	62.	66. Anst. Eintritte	70.	76
51.	61. Stag. III ZUNAH- ME EXPANS. ORIENTIER.	65. in 5. AHS infolge Mupäd.	69.	75
50.	60. Eintr.	64.	68.	74
49.	59. 13.000 (12,3%)	63. 12.000 (11,3%)	67. 8.000 (7,5%)	73. 5000 (4,7%)
48. 116.000 (- 2.300)	58. absol. Abnahme	62. absol. Abnahme	66.	72.
47.	57. (-500/Jahr)	61. (-250/Jahr)	65. Stagnation	71. VZ
46.	PERIODE DER 'ENTLASTUNG'	60.	64.	70.
45.	55. 13.000 (11,2%)	59. 9.000 (7,8%)	63. 7.000 (6 %)	69. 5.000 (4,3%)
44. 125.000 (+ 2.500)	54. II 'LAISSEZ FAIRE'	58.	62.	68. VERÖFFENTL. 67. OECD-BERICHT
43.	53.	57.	61.	66.
42.	52.	56.	60.	66.
41.	51. 15.000 (12%)	55. 10.000 (8%)	59. 7.000 (5,6%)	65. 4.000 (3,2%)
40. 115.000 (- 6.000)	50.	54.	58.	64.
39.	49.	53.	57.	63.
38.	48.	52.	56.	62.
37.	47.	51. 6.000 (5,2%)	55.	61.
36. 91.000 (- 1.100)	46. I. "HOCH- SCHULÜBER- FÜLLUNG"	50.	54.	60. VZ31-VZ61:
35.	45.	49.	53.	59. Akademikerbe- schäftigung
34.	44.	48.	52.	58. "Produktion" d. Absolv. für Stützperiode d. OECD-Berichts
33.	43.	47.	51.	57. 2.000 (2,2%)
32. 108.000	42.	46.	50.	56.
31.	41.	45.	49.	55.
30.	40.	44.	48.	54.
29.	39.	43.	47.	53.
28.	38.	42.	46.	52.
27.	37.	41.	45.	51. VZ

Jahr der Geburt t Eintritt 1. AHS t + 10 Eintritt 5. AHS t + 14 Hochschul-eintritt t + 18 Hochschul-abschluß t + 24

Erläuterung: Die Zahlenreihen ergeben die Kalenderjahre, in welchen ein Geburtsjahrgang die verschiedenen Stufen des Bildungswesens erreicht. Die horizontalen Linien bezeichnen die vierjährige Periodisierung nach Kalenderjahren. Die Zahlen geben immer die durchschnittliche Zahl der Personen in der jeweiligen vierjährigen Periode an (z.B. die durchschnittliche Geburtszahl 1937-40 war 115.000 bei einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von 6.000; zwischen 1949 und 1954 sind von diesen Geburtsjahrgängen im Durchschnitt pro Jahr 6.000 Personen in die 5. Klasse AHS eingetreten; zwischen 1955 und 1958 haben dann durchschnittlich 5.000 pro Jahr maturiert u.s.w.). Die schrägen Linien bezeichnen schließlich die bildungspolitischen Perioden I - V, die sich auf allen Stufen jeweils auf die gleichen Kalenderjahre beziehen (z.B. Periode I 'Hochschulüberfüllung' zwischen 1947 und 1950).

Schema 3: Zeitbezogene Schematisierung der bildungspolitischen Entwicklung

Jahr der Geburt t	Eintr. 1. AHS t + 10	Eintr. 5. AHS t + 14	Hochschuleintr. t + 18	Hochschulabschl. t + 24
78.	88.	92.	96.	11.
77.	87.	91.	95.	10.
76. 94.000 (- 4.300)	86.	90.	94.	09.
75.	85.	89.	93.	08.
74.	84.	88.	92.	07.
73.	83.	87.	91.	06.
72. 111.000 (- 4.300)	82.	86.	90.	05.
71.	81.	85.	89.	04.
70.	80.	84.	88.	03.
69.	79. 26.000 (23,4%)	83.	87.	02.
68. 128.000 (- 1.300)	78.	82.	86.	01.
67.	V. KRITIK AN DER EXPANSION	81.	85.	00.
66.	76.	80.	84.	90.
65.	75. 27.000 (21,1%)	79. 22.000 (17,2%)	83.	89.
64. 133.000 (+ 2.800)	74.	78.	82.	88.
63.	73.	77.	81.	87.
62.	72.	76.	80.	86.
61.	71. 26.000 (19,5%)	75. 22.000 (16,5%)	79. 16.000 (12,0%)	85.
60. 122.000 (+ 3.800)	70. abs.max.Steig. (+1500/Jahr)	74. max. Steigerung (+1.000/Jahr)	78. maximale Steigerung (+750/Jahr)	84.
59. PERIODE DER MAXIMALEN EXPANSION	69. IV. ABNAHME EXPANSIVER ORIENTIERUNG	73. max. Steig. (+1.000/Jahr)	77. (+750/Jahr)	83.
58.	68.	72.	76.	82. Anstieg arbeitel. Akad.
57.	67. 21.000 (17,2%)	71. 19.000 (15,6%)	75. 14.000 (11,5%)	81. 7.000 (5,7%)
56. 107.000 (+ 250)	66.	70.	74. maximale Steigerung (+750/Jahr)	80. ENDE PROJEKTIONSPERIODE STEINDL
55.	65.	69.	73.	79.
54.	64.	68.	72.	78. Beginn Steig.
53.	63. 15.000 (14 %)	67. 15.000 (14 %)	71. 11.000 (10,3%)	77. 6.000 (5,6%)
52. 106.000 (- 2.500)	62.	66. Anst. Eintritte in 5. AHS infolge Mupäd.	70.	76. ERGEBN. ÜB. AKADEMIKERENTEN IN 60ER JAHRE
51.	61. Stag. AHS-Eintr.	65.	69.	75.
50.	60. III. ZUNAHME EXPANS. ORIENTIER.	64.	68.	74. Stagn. HS-Abs.
49.	59. 13.000 (12,3%)	63. 12.000 (11,3%)	67. 8.000 (7,5%)	73. 5.000 (4,7%)
48. 116.000 (- 2.300)	58. absol. Abnahme (-500/Jahr)	62. absol. Abnahme (-250/Jahr)	66. Stagnation	72.
47.	57.	61.	65.	71. VZ
46. PERIODE DER 'ENTLASTUNG'	56.	60.	64.	70.
45.	55. 13.000 (11,2%)	59. 9.000 (7,8%)	63. 7.000 (6 %)	69. 5.000 (4,3%)
44. 125.000 (+ 2.500)	54. II 'LAISSEZ FAIRE'	58.	62.	68. VERÖFFENTL. OECD-BERICHT
43.	53.	57.	61.	67.
42.	52.	56.	60.	66.
41.	51. 15.000 (12%)	55. 10.000 (8%)	59. 7.000 (5,6%)	65. 4.000 (3,2%)
40. 115.000 (+ 6.000)	50.	54.	58.	64.
39.	49. Geburtsschub	53.	57. Verdoppelung Maturantenzahl	63.
38.	48.	52.	56.	62.
37.	47.	51. 6.000 (5,2%)	55.	61.
36. 91.000 (- 1.100)	46. I. "HOCHSCHULÜBERFÜLLUNG"	50.	54.	60. VZ51-VZ61: Akademikerber-
35.	45.	49.	53.	59. schäftigung
34.	44.	48.	52. "Produktion" d. Absolv. für Stützperiode d. OECD-Berichts	58. 2.000 (2,2%)
33.	43.	47.	51.	57.
32. 108.000	42.	46.	50.	56.
31.	41.	45.	49.	55.
30.	40.	44.	48.	54.
29.	39.	43.	47.	53.
28.	38.	42.	46.	52.
27.	37.	41.	45.	51. VZ

Jahr der Geburt t	Eintritt 1. AHS t + 10	Eintritt 5. AHS t + 14	Hochschuleintritt t + 18	Hochschulabschluss t + 24
----------------------	---------------------------	---------------------------	-----------------------------	------------------------------

Erläuterung: Die Zahlenreihen ergeben die Kalenderjahre, in welchen ein Geburtsjahrgang die verschiedenen Stufen des Bildungswesens erreicht. Die horizontalen Linien bezeichnen die vierjährige Periodisierung nach Kalenderjahren. Die Zahlen geben immer die durchschnittliche Zahl der Personen in der jeweiligen vierjährigen Periode an (z.B. die durchschnittliche Geburtszahl 1937-40 war 115.000 bei einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von 6.000; zwischen 1949 und 1954 sind von diesen Geburtenjahrgängen im Durchschnitt pro Jahr 6.000 Personen in die 5. Klasse AHS eingetreten; zwischen 1955 und 1958 haben dann durchschnittlich 5.000 pro Jahr maturiert u.s.w.). Die schrägen Linien bezeichnen schließlich die bildungspolitischen Perioden I - V, die sich auf allen Stufen jeweils auf die gleichen Kalenderjahre beziehen (z.B. Periode I 'Hochschulüberfüllung' zwischen 1947 und 1950).

Einrichtung der Oberstufenform der allgemeinbildenden höheren Schule, welche eine beträchtliche Beschleunigung der Produktion von Maturanten zur Folge hatte, war bereits in den Jahren zuvor beschlossen und in die Tat umgesetzt worden. Das bedeutet letztlich, daß im OECD-Bericht nicht der Bedarf nach Absolventen zukünftiger Bildungspolitik prognostiziert wurde, sondern der Bedarf nach den Absolventen, die durch bereits vergangene Bildungspolitik hervorgebracht worden waren. Führt man sich vor Augen, daß der Zeitraum zwischen den Volkszählungen 1961 und 1971 als Evaluierungsperiode für die Prognosen des OECD-Berichts herangezogen worden ist, zeigt sich das verzerrte Bewußtsein der zeitlichen Dynamik, da nämlich tatsächlich die Entwicklung der Zahl der Hochschulabsolventen dieses Zeitraums auf allen drei Eingriffsebenen Resultat der Bildungspolitik der Jahre vor 1965 war.

Mit der Hilfe dieses Schemas kann noch ein weiterer Aspekt verdeutlicht werden. Verfolgt man den Verlauf der bildungspolitischen Debatten zurück, so lassen sich bestimmte Einschnitte bzw. Wendepunkte in der Orientierung der beteiligten Kräfte feststellen und die Entwicklung erscheint durchaus konsistent. Berücksichtigt man nun aber die zeitliche Dynamik der Entwicklung des Bildungswesens, so treten zeitweilig beträchtliche Widersprüche auf. Besteht beispielsweise zu einem bestimmten Zeitpunkt Einigkeit darüber, daß durch entsprechende Maßnahmen der Zustrom in das weiterführende Bildungswesen und in die Hochschulen verstärkt werden soll und werden auch entsprechende Maßnahmen in die Wege geleitet, so werden damit natürlich auf der einen Seite die Wirkungen von Maßnahmen der Vergangenheit modifiziert und auf der anderen Seite werden Wirkungen für die Zukunft produziert. Je nachdem, auf welcher Ebene des Bildungswesens die Maßnahme erfolgt, existieren unterschiedliche, aber jeweils gegebene Zeiten, bis die Wirkung in Form von veränderten Absolventenzahlen oder Übertrittsraten etc. eintritt (5). Ändert sich dann die Orientierung, so kann der Fall

eintreten, daß eben die Maßnahmen, die etwa zur Erweiterung des Zustroms in die Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schulen gesetzt worden waren, dann auf der Ebene des Hochschuleintritts durch gegenteilige Eingriffe wieder außer Kraft gesetzt werden. Die Konsistenz bzw. Widersprüchlichkeit der Bildungspolitik hängt damit vom zeitlichen Rhythmus des Wechsels der Orientierung ab.

Die Schematisierung erlaubt nun die Verknüpfung dieser Logik mit der Periodisierung der bildungspolitischen Entwicklung. Man sieht, daß die durch die Analyse des bildungspolitischen Meinungsbildungsprozesses gefundene achtjährige Periodisierung des Wechsels der Orientierung sich sehr gut in die zeitliche Logik des Bildungssystems einpaßt. Derartige Periodisierungen haben natürlich immer ein gewisses Element der Willkürlichkeit, da die Übergänge in der Realität fließend sind, aber die angegebenen Wendepunkte sind gut abgestützt und belegt. Akzeptiert man den achtjährigen Rhythmus, so muß man aber zu dem Schluß kommen, daß für jede Geburtskohorte der Eintritt in die Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schule und der Hochschuleintritt in verschiedene Perioden fällt. Dies erscheint zunächst paradox, ist aber plausibel interpretierbar. Stellt man die Frage, warum es jeweils zu der Änderung der Orientierung kommt, so kann man davon ausgehen, daß die Beobachtung der Entwicklung des Bildungswesens dabei selbst eine wichtige Rolle spielt, und man kann weiter zeigen, daß gerade die Entwicklung der Maturantenzahl bzw. -quote von den verschiedenen Kräften im bildungspolitischen Meinungsbildungsprozeß als ganz wesentlicher Indikator verwendet wird. Dies führt nun zu dem Schluß, daß jeweils die bildungspolitischen Maßnahmen (oder auch die Unterlassung von Maßnahmen) einer gegebenen Periode selbst einen wesentlichen Faktor für den Wechsel der Orientierung und eine Gegenbewegung in der folgende Periode darstellen.

Nimmt man zunächst für die Betrachtung der restriktiven bildungspolitischen Periode (1947 bis 1950) die Entwicklung der

Maturantenzahl als Zielgröße, so hat diese bis 1954 bei etwa 3.000 stagniert. Damit werden Wirkungen von Beeinflussungsversuchen auf der Ebene der Sekundarstufe II und des Hochschuleintritts erfaßt. Gleichzeitig sieht man, daß in der genannten Periode beim Eintritt in die Sekundarstufe II nur verhältnismäßig sehr schwache Geburtenjahrgänge wirksam gewesen sind, die durch die restriktive Politik beim Übergang in die Oberstufe möglicherweise noch weiter dezimiert wurden (genau kann man das nicht verfolgen, da statistische Angaben für die Zeit vor 1950 nur sehr spärlich vorhanden sind). Darüberhinaus kann man sagen, daß das Angebot an Hochschulabsolventen zwischen den beiden Volkszählungen von 1951 und 1961 von dieser restriktiven Politik beeinflusst war. Auf der Ebene der Eintritte in die Sekundarstufe I erfolgte zwischen 1947 und 1950 jedoch ein überaus starker Geburtenschub, der sich abgeschwächt noch in der folgenden Periode fortsetzte. Die durchschnittliche Jahrgangsstärke, die zwischen 1943 und 1946 für die Sekundarstufe I wirksam war, betrug etwa 91.000. Diese steigerte sich zuerst auf 115.000 zwischen 1947 und 1950 und dann auf 125.000 zwischen 1951 und 1954 was einer Steigerung pro Jahr zuerst von 6.000 und dann von 2.500 entspricht. Man kann also annehmen, daß die restriktive Orientierung zwischen 1947 und 1950 in nicht unbedeutlichem Maß unter dem Eindruck dieses starken Geburtenschubs Fuß gefaßt hat, der auch tatsächlich in den Jahren 1956, 1957 und 1958 schrittweise zu einer Verdoppelung der Maturantenzahl geführt hat. Als diese stärkeren Jahrgänge zwischen 1947 und 1950 die Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schulen erreichten, wurde dem weiterführenden Schulbesuch noch propagandistisch entgegen gearbeitet (vgl. z.B. Scharmann 1946), dies war jedoch nicht mehr der Fall, als sie zwischen 1951 und 1954 in die Oberstufe übergetreten sind und als sich schließlich die Maturanten dieser Jahrgänge in den Jahren 1955 bis 1958 Gedanken über den Hochschuleintritt machen mußten, begann sich diese bildungspolitische Orientierung schon in das Gegenteil zu wandeln. Der Hochschuleintritt erfolgte ja bereits in der zweiten

Hälfte der zweiten bildungspolitischen Periode, die man hinsichtlich der Beachtung der weiterführenden Schulbildung als "laissez faire"-Periode bezeichnen kann.

Betrachtet man nun die Entwicklung in der zweiten bildungspolitischen Periode (1951 bis 1958) auf der Ebene des Übertritts in die Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schule, so sieht man, daß in der ersten Hälfte (1951 bis 1954) pro Jahr im Durchschnitt etwa 15.000 Schüler die erste Klasse der allgemeinbildenden höheren Schule (damals noch Mittelschule) frequentierten und daß diese Zahl in der zweiten Hälfte auf durchschnittlich 13.000 gesunken ist. Es ist nicht nur die Zahl, sondern auch die Quote von 12 % im Durchschnitt 1951 bis 1954 auf 11,2 % im Durchschnitt 1955 bis 1958 leicht gesunken. Die Stärke der Geburtenjahrgänge ging ebenfalls in der zweiten Hälfte dieser Periode um 2.300 pro Jahr zurück. Einer Entlastung der Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schulen entspricht also in dieser zweiten Periode auch eine "Entlastung" des bildungspolitischen Klimas. Nun wird diese Entwicklung beim Übertritt in die Sekundarstufe I erst in der dritten Periode auf der Ebene des Hochschuleintritts wirksam, in der sich zunehmend die expansive Orientierung verstärkte und schließlich 1966 ihren Höhepunkt erreichte.

Wir haben in der dritten bildungspolitischen Periode (1959 bis 1966) wiederum stagnierende Maturantenzahlen (bei etwa 7.000 im Jahr) und die Besetzung der 5. Klassen der allgemeinbildenden höheren Schulen war in der ersten Hälfte dieser Periode mit durchschnittlich 9.000 geringer als im Durchschnitt der vier Jahre vorher, als sie 10.000 betragen hatte. Dies ist natürlich in einer Zeit, in der viel von der "Bildungskatastrophe" gesprochen und geschrieben wird und in der man sich alle möglichen Wunder von einer steigenden Bildungsbeteiligung erwartete, Wasser auf die Mühlen einer expansiven Orientierung. Auch auf der Ebene des Eintrittes in die Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schule zeigt sich ein entsprechendes Bild. Die entsprechenden Geburten-

jahrgänge sind in der ersten Hälfte dieser Periode (1959 bis 1962) um 2.500 pro Jahr zurückgegangen und haben in der zweiten Hälfte (1963 bis 1966) auf einem verhältnismäßig niedrigen Niveau etwa stagniert. Dies wurde durch eine Steigerung der Quoten wettgemacht, sodaß die Besetzung der 1. Klassen der allgemeinbildenden höheren Schulen, die in der ersten Hälfte bei durchschnittlich 13.000 stagniert hatte, in der zweiten Hälfte auf durchschnittlich 15.000 angestiegen ist. Damit war aber auch erst wieder das Niveau der Jahre 1951 bis 1954 erreicht. Eine reale Veränderung in Richtung Expansion erfolgte in der dritten bildungspolitischen Periode (1959 bis 1966) lediglich zwischen 1963 und 1966 beim Übertritt in die Sekundarstufe II infolge der Einrichtung der Oberstufenform der allgemeinbildenden höheren Schulen. Die Quote der Schüler in der 5. Klasse der allgemeinbildenden höheren Schule war in der zweiten Hälfte dieses Zeitraums mit durchschnittlich 11,3 % merklich gestiegen gegenüber 7,8 % in der ersten Hälfte. Diese Veränderung wurde jedoch auf den Hochschuleintritt erst in der ersten Hälfte der vierten Periode wirksam, als sich die expansive Orientierung zuerst langsam, aber dann immer entschiedener abzuschwächen begann.

In der vierten bildungspolitischen Periode (1967 bis 1974) stiegen die Hochschuleintritte zuerst leicht, in der zweiten Hälfte (1971 bis 1974) - immer noch hauptsächlich als Folge der Einrichtung der musisch-pädagogischen Realgymnasien bereits deutlich. Auch auf der Ebene der Sekundarstufe I fanden nun beträchtliche Steigerungen statt. Einerseits wurde der Geburtenberg auf dieser Ebene wirksam - die Jahrgangsstärke stieg 1967 bis 1970 um 3.800 pro Jahr und 1971 bis 1974 immer noch um 2.800 pro Jahr - andererseits erhöhte sich aber auch die Quote der Schüler in den 1. Klassen der allgemeinbildenden Schulen deutlich. Der stärkste Ausbau der Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schule fand offenbar genau in der ersten Hälfte dieser Periode, also in den Jahren zwischen 1967 und 1970 statt und dieser setzte sich dann

in den folgenden vier Jahren in etwas abgeschwächter Form fort. Wir sehen also in der vierten Periode gleichzeitig eine gewisse Steigerung bei den Hochschuleintritten, die sich in der zweiten Hälfte verstärkte und ihre Wurzeln teilweise in der vorhergegangenen expansiven Periode hatte, und eine beträchtliche absolute und relative Steigerung bei den Übertritten in die Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schule. Der Ausbau des weiterführenden Schulwesens, der in der vorherigen Periode so vehement und einhellig gefordert worden war, zeigte erst in diesem Zeitraum deutliche Wirkung und von den steigenden Geburtenjahrgängen ging ein zusätzlicher expansiver Effekt aus. Diese Entwicklung war nun aber für die Sprecher der verschiedenen Kräfte in der Bildungspolitik keineswegs Anlaß für die freudige Verkündung, daß die kühnen Pläne sich nun der Realisierung näherten - ganz im Gegenteil, man ging zunehmend von der expansiven Orientierung ab. Man ist an das Wort erinnert: Die Kräfte, die sie selbst gerufen, werden sie nun nicht los. Als dann die Jahrgänge, die in der Periode des stärksten Ausbaus in die Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schule eingetreten waren, den Hochschuleintritt erreichten, hatte sich das Klima bereits soweit gewandelt, daß mit Vehemenz Restriktionen auf allen Ebenen gefordert wurden.

Dies ist in der fünften bildungspolitischen Periode (1975 bis 1982) der Fall. Es ist bemerkenswert, daß bereits ab 1975 in den bildungspolitischen Debatten der Eindruck erweckt wurde, daß Beschäftigungsprobleme für Hochschulabsolventen bereits bestanden hätten. Tatsächlich wurde aber der reale Expansionsschub, der in der Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schule 1967 begann, erst ab 1981 für den Arbeitsmarkt wirksam. Dies ist auch der Zeitpunkt, wo es reale Anzeichen für beginnende Beschäftigungsprobleme gab, während verschiedene Untersuchungen auch noch für die zweite Hälfte der siebziger Jahre ziemlich deutlich zeigten, daß es zu dieser Zeit noch keine Probleme gegeben hat. Will man den Kritikern der Bildungsexpansion nicht rein polemische Ab-

sichten unterstellen, so liegt der Schluß nahe, daß hier eine fehlerhafte Berücksichtigung der zeitlichen Dynamik zugrundeliegt. In dieser fünften Periode rückte auch der Übergang in die Sekundarstufe II wieder stärker in den Blickpunkt der Interessen. Hier kann man eine gewisse Paralleli-
tät zur restriktiven Periode 1947 bis 1950 finden. 1971, als gerade der Jahrgang, der 1967 in die Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schulen eingetreten war, die Oberstufe erreichte, wurde mit dem Zielquotenprogramm der Bundesregierung der Plan einer verstärkten Umlenkung des Schülerstroms in die berufsbildenden Schulen veröffentlicht. Demnach sollten etwa 11 % der 15- bis 18jährigen die Oberstufe der allgemeinbildenden höheren Schulen und 11 % die berufsbildenden höheren Schulen besuchen. Betrachtet man die entsprechenden Quoten nur für die 15jährigen, so sieht man, daß diese im Durchschnitt der Jahre 1971 bis 1974 mit 17,2 % in der 5. Klasse der allgemeinbildenden höheren Schule bereits übererfüllt war, während sich in dieser Periode durchschnittlich erst 8,2 % in den ersten Klassen der berufsbildenden höheren Schulen befanden. Eine Erfüllung des Zielquotenprogramms hätte also tendenziell bereits eine relative Einschränkung des Besuchs der Oberstufe der allgemeinbildenden höheren Schule bedeutet. In der folgenden Periode 1975 bis 1978 war dieser Plan für die berufsbildenden höheren Schulen mit 10,5 % bereits annähernd erfüllt, die Quote in den allgemeinbildenden höheren Schulen lag weiter bei 17,2 %.

Abschließend wird noch ein weiteres Schema präsentiert, welches genauer die Dynamik der Übertritte auf den verschiedenen Ebenen im Zeitverlauf darstellt. Man sieht am Schema 4, daß bei den gewählten Kennzahlen, nämlich den durchschnittlichen jährlichen Veränderungen einerseits der Besetzungszahlen und andererseits der Quoten auf den verschiedenen Ebenen des Bildungswesens jeweils über Vierjahresperioden, die Kohorteneffekte den Einfluß der bildungspo-

Schema 4: Dynamik der Übertritte auf den verschiedenen Ebenen im Zeitverlauf

Geburtsjahre	Ø Jahrgangsstärke i. l. 1.000	Ø Jahrl. d. Jahrgangsst.	Jahr d. Eintr. i. l. AHS	Ø Schülerzahl in l. AHS i. 1.000	Ø Jahrl. d. Eintr. i. l. AHS	Jahr d. Eintr. i. l. AHS	Ø Schülerzahl in 5. AHS i. 1.000	Ø Jahrl. d. Eintr. i. 5. AHS	Jahr d. Eintr. i. 5. AHS	Ø Jahrl. d. Schül. zahl in 5. AHS	Jahre d. Hochschul-eintritts	Ø Zahl d. Studienanfänger in l. 000	Ø Jahrl. d. Zahl d. Studienanfänger	Jahr der Hochschul-abschl.	Ø Zahl d. Hochschul-absolv. in l. 000	Ø Jahrl. d. Zahl d. Hochschul-absolv.
1973-76	94	- 4.300	1983-86		1987-90				1991-94		1991-94			1997-2000		
1969-72	111	- 4.300	1979-82	26	- 250	1983-86			1987-90		1987-90			1993-96		
1965-68	128	- 1.300	1975-78	27	+ 250	1979-82	22		1983-86		1983-86			1989-92		
1961-64	133	+ 2.800	1971-74	26	+ 1.250	1975-78	22		1979-82	+ 750	1979-82	16	+ 500	1985-88	7	+ 250
1957-60	122	+ 3.800	1967-70	21	+ 1.500	1971-74	19		1975-78	+ 1.000	1975-78	14	+ 750	1981-84	6	+ 250
1953-56	107	+ 250	1963-66	15	+ 500	1967-70	15		1971-74	+ 750	1971-74	11	+ 750	1977-80	5	+ 250
1949-52	106	- 2.500	1959-62	13	0	1963-66	12		1967-70	+ 750	1967-70	8	+ 250	1973-76	5	0
1945-48	116	- 2.300	1955-58	13	- 500	1959-62	9		1963-66	- 250	1963-66	7	0	1969-72	5	+ 250
1941-44	125	+ 2.500	1951-54	15		1955-58	10		1959-62	+ 1.000	1959-62	7	+ 500	1965-68	4	+ 250
1937-40	115	+ 6.000	1947-50			1951-54	6		1955-58		1955-58	5		1961-64	3	+ 250
1933-36	91	- 1.100	1943-46			1947-50			1951-54		1951-54			1957-60	2	0
1929-32	108		1939-42			1943-46			1947-50		1947-50			1953-56	2	

Geburtsjahre	Jährl. d. Eintr. i. l. AHS	Ø Quote in l. AHS	Jährl. d. Eintr. i. 5. AHS	Ø Quote in 5. AHS	Jährl. d. Eintr. i. 5. AHS	Jahr des Hochschul-eintritts	Ø Quote der Studienanfänger	Jährl. d. Zahl d. Studienanfänger	Jahr der Hochschul-abschl.	Ø Quote der Hochschulabsolventen	Jährl. d. Zahl d. Hochschulabsolv.
1973-76	1983-86		1987-90			1991-94			1997-2000		
1969-72	1979-82	23.4	1983-86			1987-90			1993-96		
1965-68	1975-78	21.1	1979-82	17.2		1983-86		+ 0.2	1989-92		
1961-64	1971-74	19.5	1975-78	16.5		1979-82	12.0	+ 0.2	1985-88		
1957-60	1967-70	17.2	1971-74	15.6		1975-78	11.5	+ 0.4	1981-84	5.7	0.0
1953-56	1963-66	14.0	1967-70	14.0		1971-74	10.3	+ 0.7	1977-80	5.6	+ 0.2
1949-52	1959-62	12.3	1963-66	11.3		1967-70	7.5	+ 0.4	1973-76	4.7	+ 0.1
1945-48	1955-58	11.2	1959-62	7.8		1963-66	6.0	+ 0.1	1969-72	4.3	+ 0.3
1941-44	1951-54	12.0	1955-58	8.0		1959-62	5.6	+ 0.3	1965-68	3.2	+ 0.2
1937-40	1947-50		1951-54	5.2		1855-58	4.3		1961-64	2.6	+ 0.1
1933-36	1943-46		1947-50			1951-54			1957-60	2.2	+ 0.1
1929-32	1939-42		1943-46			1947-50			1953-56	1.9	

litischen Periode übertreffen. Lediglich bei den Hochschulabsolventen zeigt sich eher ein kontinuierlicher Zuwachs, was seinen Grund in der großen Streuung der tatsächlichen Studiendauer hat.

Diese Tatsache hat zwei wesentliche Folgen für die Bildungspolitik. Erstens die lange Fristigkeit der Folgen von planerischen Maßnahmen, wenn man rein die Verhältnisse innerhalb des weiterführenden Bildungswesens (also den Weg, den die Alterskohorten zwischen dem Eintritt in die Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schule und dem Hochschulabschluß durchlaufen) ins Kalkül zieht. Dabei ist unmittelbar evident, daß dies eine sehr stark vereinfachende Betrachtungsweise darstellt. Die im Zusammenhang mit der Frage nach den Möglichkeiten einer Bildungsplanung entsprechend dem Qualifikationsbedarf eigentlich diskutierten Probleme, nämlich die rechtzeitige Erfäßbarkeit des Bedarfs einerseits und die zielgerichtete Beeinflußbarkeit der Bildungswünsche der Bevölkerung andererseits, werden dabei noch gar nicht berücksichtigt. Aber unbestreitbar ist gerade die Steuerbarkeit der Schülerströme innerhalb des Bildungswesens selbst eine notwendige Bedingung für die Bildungsplanung. Wenn man also zeigen kann, daß schon dies derart große Schwierigkeiten bereitet, so muß man die Möglichkeit einer funktionierenden Bedarfsplanung grundsätzlich in Zweifel ziehen. Man muß aufgrund dieser Überlegungen und Analysen dem Resümé beipflichten, welches Josef Steindl bereits im Jahre 1976 gezogen hat: "Vom Standpunkt der Bildungsplanung gibt die Entwicklung der letzten zwölf Jahre in mancher Hinsicht Anlaß zur Resignation. Das Bildungsangebot wird von übermächtigen demographischen und gesellschaftlichen Faktoren bestimmt Die Schwerfälligkeit des Bildungsapparates ... und die Anpassungsfähigkeit und Passivität der Nachfrage legen die Frage nahe, wieviel Sinn man einer Orientierung der Bildungsplanung nach dem Bedarf abgewinnen kann" (Steindl, 1976, S. 324).

Zweitens liefert die vorgenommene Schematisierung der zeitlichen Dynamik aber auch gewichtige Hinweise dafür, daß Rückkoppelungsprozesse zwischen einer effektiven Nachfrage im Beschäftigungssystem nach spezialisierten Qualifikationen einerseits und dem Bildungsverhalten der Jugendlichen (d.h. der Nachfrage nach entsprechenden Ausbildungsplätzen) aus institutionellen Gründen nicht funktionieren. Dies ist auch in theoretischer Hinsicht von Bedeutung, da die Annahme von derartigen Rückkoppelungsmechanismen zu den fundamentalsten Axiomen der neoklassischen Arbeitsmarkttheorie bzw. davon abgeleitet, der Humankapitaltheorie gehört. Man könnte dies mit Hilfe der gewählten Schematisierung gedanklich genauer durchspielen, was aber hier nur angedeutet werden soll. Wichtiger ist ein anderer Aspekt. Die bildungsplanerischen Überlegungen gingen wesentlich davon aus, daß im Beschäftigungssystem eine Nachfrage nach spezialisierten Qualifikationen besteht, die sich im Zeitverlauf ändert und optimal befriedigt werden soll. Nun ändert sich im Zeitverlauf aber auch mit dem Konjunkturzyklus die Gesamtnachfrage nach Arbeitskräften und die Zeitstruktur der Bewegung der Gesamtnachfrage entspricht derjenigen der Bildungspolitik. Einbrüche der Gesamtnachfrage treffen also gleichzeitig die verschiedenen Ebenen des Bildungswesens, von welchen die Absolventen in das Beschäftigungssystem übertreten können. Wenn man beispielsweise die Periode 1975 bis 1978 betrachtet und annimmt, daß auf allen drei Ebenen des Bildungswesens schlagkräftig und durchgreifend restriktive Maßnahmen gesetzt worden wären, welche den Zustrom in die weiterführenden Schulen und die Hochschulen deutlich gebremst hätten, so hätte dies auf der Ebene der Sekundarstufe II unmittelbar auf der Ebene der Sekundarstufe I mit der entsprechenden zeitlichen Verzögerung den Andrang in die Lehrausbildung erhöht und auf der Ebene des Hochschuleintritts hätte eine größere Zahl von Maturanten Arbeitsplätze gesucht. Unter Berücksichtigung der Entwicklung der Gesamtnachfrage kann man sagen, daß sich dadurch die Probleme nicht gelöst, sondern lediglich verschoben hätten.

ANMERKUNGEN

- (1) Soweit Angaben über die Übertritte vorhanden sind, kann man die Veränderung der Größenordnungen abschätzen. Demnach sind 1967 bis 1970 pro Jahr etwa 1.000 Schüler aus den 4. Klassen der allgemeinbildenden höheren Schulen in berufsbildende höhere Schulen übergetreten, das sind im Durchschnitt 0,9 % eines Geburtenjahrganges. Diese Zahl ist zwischen 1971 und 1974 auf 3.000 und zwischen 1975 und 1978 auf 4.000 angestiegen, was einer Steigerung der Quoten auf zuerst 2,5 % und dann auf 3,0 % entspricht. Dieser Abgang aus den allgemeinbildenden höheren Schulen wurde in den beiden letzten Perioden ziemlich genau durch eine entsprechende Zahl von Übertritten aus den 4. Klassen der Hauptschulen in die 5. Klassen der allgemeinbildenden höheren Schulen (Oberstufenform) wettgemacht. Die Übertritte aus den Hauptschulen in die berufsbildenden höheren Schulen betragen 1967 bis 1970 etwa 4.000 pro Jahr, 1971 bis 1974 etwa 7.000 und 1975 bis 1978 etwa 10.000. In der ersten der drei genannten Perioden macht der Übertritt von den Hauptschulen in die berufsbildenden höheren Schulen also etwa das Vierfache der Übertritte aus den Unterstufen der allgemeinbildenden höheren Schulen aus, in den beiden folgenden Perioden nur noch etwas mehr als das Doppelte.
- (2) Berücksichtigt man nur die Quote der Schüler in der 5. Klasse der allgemeinbildenden höheren Schule, so sieht man, daß bereits zwischen 1967 und 1970 durchschnittlich etwa 14 % eines Jahrganges den Eintritt in die Oberstufe der allgemeinbildenden höheren Schulen vollzogen haben. Man kann also annehmen, daß für diesen Schultyp der Zielwert bereits zum Zeitpunkt der Erstellung des Zielquotenprogramms erreicht war.
- (3) Man sieht aus der folgenden Darstellung, daß sich der jährliche Zuwachs auf der Ebene des Hochschuleintritts bereits 1975 bis 1978 deutlich abschwächt, wenn man die Übertritte in die pädagogischen Akademien berücksichtigt.

	Hochschul-		Hochschul-		jährliche Veränderung			
	eintritt		eintritt	einschl. pädagog. Akademien	eintritt		eintritt	einschl. pädagog. Akademien
1967-70	8	7,5%	10	9,4%	+250	+0,4%	+ 750	+0,9%
1971-74	11	10,3%	15	14,0%	+750	+0,7%	+1.250	+1,2%
1975-78	14	11,5%	17	14,0%	+750	+0,3%	+ 500	-
1979-82 *)	16	12,0%	19	14,3%	+500	+0,1%	+ 500	+0,1%

*) geschätzt

- (4) Dieses Phänomen der wechselseitigen Anpassung von Bildungsstruktur und Qualifikationsstruktur im Beschäftigungssystem wird in verschiedenen Arbeiten von Burkart Lutz ausführlich beleuchtet und theoretisch begründet (vgl. z.B. Lutz 1976 und Lutz 1979)
- (5) Diese Zeiten sind natürlich von der Struktur eines bestimmten Bildungswesens abhängig. Bei einer einheitlichen Sekundarstufe I würden sich die Zeiten etwa um 4 Jahre verkürzen.

Literatur

AUHSER M., FISCHER-KOWALSKI M., GENOWITZ H., HEGEDÜS M., LASSNIGG L., Analyse des postsekundären Bildungswesens in Österreich, Teil I des Endberichtes des Projektes "Analyse und Simulation des sekundären und postsekundären Bildungswesens in Österreich", Wien 1981 (unveröffentlichter Forschungsbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung)

BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT, Bildungsprogramm, Wien 1976

KOZLIK A., Wie wird man Akademiker, Wien 1965

LUTZ B., Bildungssystem und Beschäftigungsstruktur in Deutschland und Frankreich, in: ISF (hrsg.), Betrieb-Arbeitsmarkt-Qualifikation, Bd. I., Frankfurt 1976

LUTZ B., Die Interdependenz von Bildung und Beschäftigung und das Problem der Erklärung der Bildungsexpansion in: MATTHES J., Sozialer Wandel in Westeuropa, Frankfurt 1979

OECD-Bericht, Erziehungsplanung und Wirtschaftswachstum 1965 bis 1975, Bildungsplanung in Österreich, Bd. I, Hrsg. v. Bundesministerium für Unterricht, Wien o.J. (1967)

PISKATY G., Bildungspolitik und soziale Marktwirtschaft, in: Wirtschaftspolitische Blätter, 1975, Nr. 6

SCHARMANN Th., Schule und Berufsnachwuchslenkung, in: Erziehung und Unterricht, 1946, S. 218ff

SEIDEL H., Akademikerbedarf in Österreich, in: CLEMENT/SCHÜSSEL, Bildungsplanung und Hochschulexpansion, Wien o.J. (1975)

STEINDL J., Emigration, Ersatzbedarf und Nachwuchs an Akademikern bis 1981, In WIFO-Monatsberichte, 1976, S. 307ff

WIFO (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung), Die Überfüllung der akademischen Berufe, in: WIFO-Monatsberichte, 1948, S. 337ff

WINKLER G., Zur Diskussion, in: Wirtschaftspolitische Blätter 1977, Nr. 2

VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER, Jahresbericht 1959